

1987**Ausgegeben zu Bonn am 16. Oktober 1987****Nr. 25**

Tag	Inhalt	Seite
1. 10. 87	Siebente Verordnung zur Änderung der Zolltarifverordnung (Verlängerung des Zollkontingents für Elektrobleche) 613-2-8	606
11. 9. 87	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Nutzung des Mittellandkanals für die Hochwasserableitung zur Elbe und damit zusammenhängende Fragen 613-2-8	607
21. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche 613-2-8	612
22. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht 613-2-8	613
22. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger 613-2-8	613
23. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen 613-2-8	613
23. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen 613-2-8	615
23. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT“ 613-2-8	616
23. 9. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit 613-2-8	616
25. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1973 über Maßnahmen auf Hoher See bei Fällen von Verschmutzung durch andere Stoffe als Öl 613-2-8	618
25. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container 613-2-8	618
25. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See 613-2-8	618
25. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen 613-2-8	619
29. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens 613-2-8	620
29. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ 613-2-8	620
29. 9. 87	Bekanntmachung des Rahmenabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik einerseits und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik andererseits über die Entsendung von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern 613-2-8	620
29. 9. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten 613-2-8	623
2. 10. 87	Bekanntmachung des Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes Europas 613-2-8	623
5. 10. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen und des Europäischen Zusatzübereinkommens hierzu sowie des Protokolls über Straßenmarkierungen 613-2-8	634
5. 10. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr und des Europäischen Zusatzübereinkommens hierzu 613-2-8	635
6. 10. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) 613-2-8	636

**Siebente Verordnung
zur Änderung der Zollltarifverordnung
(Verlängerung des Zolllkontingents für Elektrobleche)**

Vom 1. Oktober 1987

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch Artikel 30 des Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) neu gefaßt worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft verordnet:

Artikel 1

In der Anlage zu § 1 der Zollltarifverordnung vom 24. September 1986 (BGBl. II S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. August 1987

(BGBl. II S. 484), wird im Abschnitt „Zolllkontingente“ bei Tarifnr. 73.15 B VII a) 1 (Kornorientierte Elektrobleche usw.) die Angabe „30. Juni 1987“ geändert in „31. Dezember 1987“.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1987 in Kraft.

Bonn, den 1. Oktober 1987

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
über die Nutzung des Mittellandkanals
für die Hochwasserableitung zur Elbe
und damit zusammenhängende Fragen**

Vom 11. September 1987

In Berlin ist am 15. Juni 1987 die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Nutzung des Mittellandkanals für die Hochwasserableitung zur Elbe und damit zusammenhängende Fragen unterzeichnet worden. Die Vereinbarung ist nach ihrem Artikel 10 Abs. 3

am 15. Juni 1987

in Kraft getreten; sie wird mit der dazugehörenden Anlage und dem Protokollvermerk nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. September 1987

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Kroppenstedt

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Rehlinger

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
über die Nutzung des Mittellandkanals
für die Hochwasserableitung zur Elbe
und damit zusammenhängende Fragen**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

sind zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im oberen Einzugsgebiet der Aller auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gewährleistet zur Sicherung der Hochwasserableitung über den Mittellandkanal zur Elbe eine Entlastungskapazität von 22 m³/s am Endwiderlager bei Glindenberg.

(2) Zu diesem Zweck werden bis zum 31. Dezember 1988 die bestehenden Entlastungsanlagen am Endwiderlager rekonstruiert und eine Rechenanlage mit Rechengutbeseitigung gebaut.

(3) Der Leistungsumfang der Maßnahmen nach Absatz 2 wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Anlage zu dieser Vereinbarung zur Kenntnis gegeben.

Artikel 2

(1) Von der unter Artikel 1 Absatz 1 genannten Entlastungskapazität stehen 9,6 m³/s für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und 12,4 m³/s für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung. In der Ableitungsmenge von 12,4 m³/s sind die über den Allrentlaster II auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eingeleiteten Wassermengen bis 5 m³/s enthalten.

(2) Wird die Ableitungsmenge von 9,6 m³/s bei Hochwasserereignissen nicht vollständig für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik in Anspruch genommen, so kann die freibleibende Kapazität für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden. Die dafür erforderlichen Informationen werden ausgetauscht.

Artikel 3

Bei Eisverhältnissen im Mittellandkanal verständigen sich die zuständigen Stellen beider Seiten über die zulässigen Aufleitungsmengen. Dabei darf ein Kanalwasserstand von 56,40 m ü. NN zwischen den Pegeln Haldensleben und Rothensee/Oberpegel nicht überschritten werden.

Artikel 4

(1) Bei sich entwickelnden Hochwassersituationen wird ab einem Kanalwasserstand von 56,00 m ü. NN am Pegel Rothensee/Oberpegel und steigender Tendenz gezielt vorentlastet. Entsprechend der Einschätzung über die weitere Hochwasserent-

wicklung wird die Vorentlastung maximal bis zu einem Kanalwasserstand von 55,80 m ü. NN am Pegel Rothensee/Oberpegel durchgeführt.

(2) Die zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik werden informiert, wenn am Pegel Rühren ein Kanalwasserstand von 56,25 m ü. NN erreicht und zu erwarten ist, daß ein Kanalwasserstand von 56,40 m ü. NN überschritten wird. Dabei werden die gemessenen und geschätzten Aufleitungsmengen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt.

(3) Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland werden über die Aufleitungsmengen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und die Entlastung bei Hochwasserereignissen informiert, die 56,25 m ü. NN am Pegel Rühren überschreiten.

(4) Die zuständigen Stellen beider Seiten informieren einander über Störungen, die Einfluß auf die Hochwasseraufleitungen bzw. die -ableitungen haben können.

Artikel 5

Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland führen im Bedarfsfall dem Mittellandkanal Wasser zu, um den Mindestwasserstand von 55,80 m ü. NN an den Pegeln Haldensleben und Rothensee/Oberpegel zu halten. Bei einem Kanalwasserstand unter 56,00 m ü. NN an einem dieser Pegel erfolgen keine Wasserableitungen aus dem Kanal ohne entsprechenden Ersatz.

Artikel 6

(1) Zur Steuerung der Einleitungen in den Mittellandkanal werden den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland täglich die 7.00 Uhr-Wasserstände der Pegel Rothensee/Oberpegel und Haldensleben bis 8.00 Uhr übermittelt.

(2) Zur Steuerung der Entlastung am Endwiderlager bei Glindenberg werden den zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik die 7.00 Uhr-Wasserstände der Pegel Rühren und Sülfeld/Unterpegel bis 8.00 Uhr übermittelt.

Artikel 7

(1) Die Informationen und Abstimmungen nach den Artikeln 2, 3, 4 und 6 erfolgen fernschriftlich. Beide Seiten benennen einander in der Grenzkommision die dafür zuständigen Stellen.

(2) Informationspflichten nach der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Grundsätze zur Schadensbekämpfung an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 20. September 1973 bleiben unberührt.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an den Kosten für die in Artikel 1 bezeichneten Maßnahmen mit einem Festbetrag in Höhe von 2,45 Millionen DM.

(2) Die Zahlung erfolgt in zwei Raten von jeweils 1,225 Millionen DM. Die erste Rate ist sechs Monate nach Abschluß dieser Vereinbarung, die zweite bei Inbetriebnahme der Entlastungsanlagen zu zahlen. Der Termin der Inbetriebnahme wird der Seite der Bundesrepublik Deutschland vier Wochen vor Abschluß der Arbeiten mitgeteilt.

(3) Die vereinbarten Raten werden auf ein Konto bei einer von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu bestimmenden Bank in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Deutschen Außenhandelsbank AG, Berlin, überwiesen.

(4) Die Kosten für den Betrieb der Anlagen zur Hochwasserentlastung nach Artikel 1 werden von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik, die Kosten für die Wassereinleitungen nach Artikel 5 werden von Seiten der Bundesrepublik Deutschland getragen.

Artikel 9

Fragen, die bei der Durchführung dieser Vereinbarung auftreten, werden in der Grenzkommission behandelt. Dabei können aus wasserwirtschaftlichen Erfordernissen Wasserstände und Pegelstandorte sowie der zu dieser Vereinbarung gehörende Protokollvermerk über die Informations- und Abstimmungsbeziehungen geändert und ergänzt werden.

Artikel 10

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

(2) Diese Vereinbarung wird für einen Zeitraum von 50 Jahren abgeschlossen.

(3) Sie tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen in Berlin am 15. Juni 1987 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
von Rottenburg

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Fenzlein

Anlage

Mitteilung zur Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Nutzung des Mittellandkanals zur Hochwasserableitung zur Elbe und damit zusammenhängende Fragen

Leistungsumfang der Maßnahmen zur Gewährleistung einer Hochwasserentlastungskapazität von 22 m³/s am Endwiderlager Glindenberg

1. Bauvorbereitende Maßnahmen
 - Projektierung, einschließlich Baugrunduntersuchung und Vermessung
 - Baustelleneinrichtung
 - Energiezuführung
2. Vorbereitende technologische Maßnahmen
 - Baustraße zum Niveau des Kanals
 - Fangedamm, Sohlensicherung und Verschlusseinrichtung
 - Hochwasserabführung während der Bauzeit bis maximal 15 m³/s
3. Rekonstruktionsmaßnahmen
 - an den Einläufen der Grundablässe
 - an den Regelarmaturen
 - am Ableitungskanal und
 - am Tosbecken

4. Errichtung einer Rechenanlage mit Rechengutbeseitigung

Die Gesamtkosten werden auf 4,4 Millionen Mark veranschlagt.

Protokollvermerk
zur „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
über die Nutzung des Mittellandkanals für die Hochwasserableitung zur Elbe
und damit zusammenhängende Fragen“ vom 15. Juni 1987
über die nach dieser Vereinbarung erforderlichen Informationen und Abstimmungen

1. Die in die Informationen und Abstimmungen einbezogenen Pegel erhalten die folgenden Nummern:

Pegel	Nummer	km
Sülfeld/Unterpegel	1	237,14
Rühen	2	255,98
Haldensleben	3	301,35
Rothensee/Oberpegel	4	320,25

Die Wasserstände werden in cm über NN angegeben.

2. Die täglich gegenseitig zu übermittelnden Informationen nach Artikel 6 werden mit

„MLK-W“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

(Beispiel)	(Erläuterungen)
MLK-W	Mittellandkanal-Wasserstände
30. 10. 87	Datum
1-5600	Pegelnnummer-Wasserstände
2-5600	(cm ü. NN)
3-5600	von 7.00 Uhr
4-5600	

Die täglichen Informationen werden bei Eis auf dem Mittellandkanal entsprechend ergänzt:

- Randeis
- Eisbrei, Eismatsch
- Eisbedeckung in %
- geschlossene Eisdecke
- Eisstärke in cm
- Eisdecke wird mit Eisbrechern aufgebrochen
- aufgebrochene Eisdecke

3. Die von den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland zu übermittelnden Informationen nach Artikel 4 Absatz 2 werden mit

„MLK-Hochwasser“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

- Pegel 2
- Wasserstand 5625
Datum
Uhrzeit
- Wasserstand 5640 wird voraussichtlich erreicht:
Datum
Uhrzeit
- Einschätzung der Entwicklung
- geschätzte Aufleitungsmenge auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Aufleitung über Allertaster II, in m³/s

Ergänzung der Meldung, wenn der Wasserstand von 5640 erreicht ist und der von 5625 wieder unterschritten wird.

4. Die von den zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik zu übermittelnden Informationen nach Artikel 4 Absatz 3 werden mit

„MLK-Entlastung“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

- Datum
- Uhrzeit
- Entlastungsmenge . . . m³/s gesamt
 - davon Aufleitungsmenge aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik . . . m³/s

Ergänzung der Meldung, wenn Vollerlastung erreicht ist. Abschluß der Meldung mit Unterschreiten des Wasserstandes 5625 am Pegel Rühen.

5. Die Informationen nach Artikel 3 werden mit

„MLK-Eishochwasser“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

- 5.1 Informationen an die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland:
- Datum
 - Uhrzeit
 - Infolge der Eisverhältnisse reduziert sich die Ableitungskapazität auf . . . m³/s.
 - Auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen Aufleitungen von . . . m³/s aus dem Einzugsgebiet der Aller und . . . m³/s aus dem Einzugsgebiet der Ohre.
- 5.2 Informationen an die zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen nach 3. dieses Protokollvermerkes.
- 5.3 Informationen über die Veränderung und Beendigung der Einschränkungen der Ableitungskapazität erfolgen an die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland nach 5.1.

6. Die Informationen nach Artikel 4 Absatz 4 werden mit

„MLK-Störungen“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

- Datum
 - Uhrzeit
 - Art
 - Auswirkungen auf Ableitung
bzw. Entlastung
 - voraussichtliche Dauer der Störung
- } verbale Mitteilung
im Klartext

Veränderungen der Aufleitungsmengen und Veränderungen im Betrieb der Anlagen, die sich aus der Störung ergeben, werden zwischen den zuständigen Stellen abgestimmt. Die Beseitigung der Störung wird mitgeteilt.

7. Die Informationen nach Artikel 2 Absatz 2 werden mit

„MLK-zusätzliche Aufleitung“

gekennzeichnet und enthalten folgende Angaben:

7.1 Informationen durch die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland:

- Datum
- Uhrzeit
- Anfrage, ob zusätzliche Aufleitung ($> 12,4 \text{ m}^3/\text{s}$) ab ... (Datum, Uhrzeit) möglich ist
- Anfrage, ob Erhöhung der zusätzlichen Aufleitung möglich ist
- Mitteilung über Beendigung der zusätzlichen Aufleitung

7.2 Informationen durch die zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik:

- Datum
- Uhrzeit
- zusätzliche Aufleitung ist ab ... (Uhrzeit) bis zu ... m^3/s möglich
- zusätzliche Aufleitung ist nicht möglich
- zusätzliche Aufleitung ist ab ... auf ... m^3/s zu reduzieren
- Erhöhung der zusätzlichen Aufleitung ist ab ... um ... m^3/s möglich

- Erhöhung der zusätzlichen Aufleitung ist nicht möglich
- zusätzliche Aufleitung ist ab ... einzustellen

8. Die Informationen nach Artikel 5 werden mit

„MLK-Niedrigwasser“

gekennzeichnet.

Die Informationen seitens der zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik enthalten folgende Angaben:

- Datum
- Uhrzeit
- Pegel 3 sinkt unter 5580
- Einspeisung ist erforderlich
- Mitteilung, daß die Einspeisung beendet werden kann

Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland informieren über die Aufnahme und Beendigung der Einspeisung.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 21. September 1987

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121; 1987 II S. 389) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Burkina Faso

am 21. Juni 1987.

In Abänderung seiner bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 12. Mai 1986 abgegebenen Erklärungen zu dem Übereinkommen hat K a n a d a dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. Mai 1987 die nachstehenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

"The Government of Canada declares, with respect to the Province of Saskatchewan, that it will apply the Convention only to the recognition and enforcement of awards made in the territory of another Contracting State.

„Die Regierung von Kanada erklärt in bezug auf die Provinz Saskatchewan, daß sie das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen anwenden wird, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind.

The Government of Canada declares that it will apply the Convention only to differences arising out of legal relationships, whether contractual or not, which are considered as commercial under the laws of Canada, except in the case of the Province of Quebec where the law does not provide for such limitation."

Die Regierung von Kanada erklärt, daß sie das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden wird, die nach den Gesetzen Kanadas als Handelssachen angesehen werden, außer im Fall der Provinz Quebec, deren Recht eine solche Einschränkung nicht vorsieht."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 2. Oktober 1986 (BGBl. II S. 949) und vom 27. Mai 1987 (BGBl. II S. 346).

Bonn, den 21. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung
der Haager Konferenz
für Internationales Privatrecht**

Vom 22. September 1987

Die auf der Siebenten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht am 31. Oktober 1951 in Den Haag beschlossene revidierte Fassung der Satzung der Konferenz (BGBl. 1959 II S. 981; 1983 II S. 732) ist nach ihren Artikeln 2 und 14 Abs. 3 für

China am 3. Juli 1987
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Februar 1987 (BGBl. II S. 177).

Bonn, den 22. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz der Hersteller von Tonträgern
gegen die unerlaubte Vervielfältigung
ihrer Tonträger**

Vom 22. September 1987

Das Übereinkommen vom 29. Oktober 1971 zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (BGBl. 1973 II S. 1669) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Korea, Republik am 10. Oktober 1987.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Oktober 1986 (BGBl. II S. 953).

Bonn, den 22. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 23. September 1987

I.

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Spanien am 3. August 1987
in Kraft getreten

Spanien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde die nachstehenden Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>1. "El Estado español declara que sus Jueces, no obstante las disposiciones del artículo 15, podrán proveer a pesar de no haber recibido notificación alguna acreditativa de la notificación o de la remisión de documentos si se dan los requisitos previstos en el citado artículo 15, párrafo 2."</p> | <p>1. „Der spanische Staat erklärt, daß seine Richter ungeachtet des Artikels 15 den Rechtsstreit entscheiden können, auch wenn ein Zeugnis über die Zustellung oder die Übergabe von Schriftstücken nicht eingegangen ist, vorausgesetzt, daß die in Artikel 15 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind."</p> |
| <p>2. "El Estado español declara que el plazo de preclusión a que se refiere el artículo 16 es de dieciséis meses a computar desde la fecha de la resolución."</p> | <p>2. „Der spanische Staat erklärt, daß die in Artikel 16 vorgesehene Frist 16 Monate beträgt, vom Erlaß der Entscheidung an gerechnet."</p> |

3. "El Estado español designa como Autoridad Central para expedir certificaciones, conforme a la fórmula modelo anexa al Convenio, a:

Secretaría General Técnica,
Subdirección de Cooperación
Jurídica Internacional,
Ministerio de Justicia.
San Bernardo, 45.
28015 Madrid."

3. „Der spanische Staat bestimmt als Zentrale Behörde zur Ausstellung von Zeugnissen, die dem dem Übereinkommen als Anlage beigefügten Muster entsprechen, die

Secretaría General Técnica,
Subdirección de Cooperación
Jurídica Internacional,
Ministerio de Justicia.
San Bernardo, 45.
28015 Madrid.

(Generalsekretariat für technische
Fragen
Unterabteilung für die internationale
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des
Rechtswesens
Justizministerium
San Bernardo 45
28015 Madrid)."

II.

Antigua und Barbuda hat dem Verwahrer am 17. Mai 1985 notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Nach einer Mitteilung des Verwahrers vom 28. August 1987 hat Antigua und Barbuda als Zentrale Behörde bestimmt:

The Registrar of the High Court of Antigua and Barbuda
(der Urkundsbeamte des Obersten Gerichtshofs von Antigua und Barbuda),
St. John's,
Antigua.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. II S. 214).

Bonn, den 23. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 23. September 1987

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für

Spanien

am 21. Juli 1987

in Kraft getreten.

Spanien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde den folgenden Vorbehalt gemacht und die nachstehenden Erklärungen abgegeben:

Vorbehalt:

(Übersetzung)

„De conformidad con el artículo 33 en relación con el artículo 4.º, párrafo 2, España no aceptará comisiones rogatorias que no estén redactadas en español o acompañadas de una traducción.“

„Nach Artikel 33 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 nimmt Spanien Rechtshilfeersuchen, die nicht in spanischer Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung begleitet sind, nicht entgegen.“

Erklärungen:

(Übersetzung)

„a) La Autoridad Central española a que se refiere el artículo 2 será: El Ministerio de Justicia. – Secretaría General Técnica. – (San Bernardo, 45. 28015 Madrid), con exclusión de cualquier otra Autoridad.“

„a) Die in Artikel 2 bezeichnete Zentrale Behörde ist im Fall Spaniens das Ministerio de Justicia – Secretaría General Técnica – (Justizministerium – Generalsekretariat für technische Fragen –), San Bernardo, 45. 28015 Madrid; andere Behörden sind nicht vorgesehen.“

b) Previa autorización del Ministerio de Justicia español, un Juez del Estado requirente podrá intervenir en el cumplimiento de una comisión rogatoria, de conformidad con el artículo 8.

b) Nach Artikel 8 kann ein Richter des ersuchenden Staates nach vorheriger Genehmigung durch das spanische Justizministerium an der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens teilnehmen.

c) De conformidad con los artículos 16 y 17, la prueba podrá ser practicada, sin necesidad de autorización previa de la Autoridad española, en los locales de la Representación diplomática o consular del Estado requirente.

c) Nach den Artikeln 16 und 17 kann ohne vorherige Genehmigung der spanischen Behörde in den Räumlichkeiten der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des ersuchenden Staates Beweis aufgenommen werden.

d) A tenor del artículo 23, España no acepta las comisiones rogatorias derivadas del procedimiento „pre-trial discovery of documents“ conocido en los países del „Common Law“.

d) Nach Artikel 23 nimmt Spanien Rechtshilfeersuchen nicht entgegen, die aus einem Verfahren hervorgehen, das in den Ländern des „Common Law“ unter der Bezeichnung „pre-trial discovery of documents“ bekannt ist.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1987 (BGBl. II S. 306).

Bonn, den 23. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT“**

Vom 23. September 1987

Das Übereinkommen vom 15. Juli 1982 zur Gründung der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT“ (BGBl. 1984 II S. 682) ist nach seinem Artikel XXII Buchstabe c, die dazugehörige Betriebsvereinbarung vom 15. Juli 1982 (BGBl. 1984 II S. 682, 713) nach ihrem Artikel 23 Buchstabe a für

Griechenland	am	26. August 1987
Liechtenstein	am	4. Februar 1987
Luxemburg	am	27. August 1987
Malta	am	5. Februar 1987
Portugal	am	17. Dezember 1985

endgültig in Kraft getreten; dementsprechend endet nach Artikel XXII Buchstabe d Ziffer i des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 23 Buchstabe b der Betriebsvereinbarung mit diesem Zeitpunkt für die vorstehenden Staaten die vorläufige Anwendung des Übereinkommens und der Betriebsvereinbarung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1987 (BGBl. II S. 410).

Bonn, den 23. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. September 1987

In Amman ist am 31. August 1987 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 31. August 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. September 1987

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien —

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Haschemitischen Königreich Jordanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Regierungsverhandlungen vom 11. Juni 1987 in Amman —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Cities and Villages Development Bank I“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, ein Darlehen bis zu insgesamt 17 000 000,— DM (in Worten: siebzehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kredit-

anstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages im Haschemitischen Königreich Jordanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Amman am 31. August 1987 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Herwig Bartels

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Hans Klein

Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Für die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien

Dr. Taher Hamdi Kanaan

Planungsminister

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1973
über Maßnahmen auf Hoher See bei Fällen von Verschmutzung
durch andere Stoffe als Öl**

Vom 25. September 1987

Das Protokoll von 1973 über Maßnahmen auf Hoher See bei Fällen von Verschmutzung durch andere Stoffe als Öl (BGBl. 1985 II S. 593) wird nach seinem Artikel VI Abs. 2 für

Portugal am 6. Oktober 1987
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Dezember 1986 (BGBl. II S. 49).

Bonn, den 25. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
über sichere Container**

Vom 25. September 1987

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1985 II S. 1009 – wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Afghanistan am 24. Juni 1988
in Kraft treten.

Das Vereinigte Königreich hat am 27. März 1986 dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation die Erstreckung des Übereinkommens auf die Bermudas mit Wirkung vom 27. März 1987 notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 1986 (BGBl. 1987 II S. 26).

Bonn, den 25. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1979
über den Such- und Rettungsdienst auf See**

Vom 25. September 1987

Das Internationale Übereinkommen von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (BGBl. 1982 II S. 485) ist nach seinem Artikel V Abs. 3 für

Kamerun am 8. Februar 1987
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Februar 1987 (BGBl. II S. 176).

Bonn, den 25. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung
bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen
sowie über die Vernichtung solcher Waffen**

Vom 25. September 1987

Das Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1983 II S. 132) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bahamas	am 26. November 1986
Grenada	am 22. Oktober 1986
Korea, Demokratische Volksrepublik	am 13. März 1987
Korea, Republik	am 25. Juni 1987
Sri Lanka	am 18. November 1986.

Die Bahamas haben ihre Beitrittsurkunde am 26. November 1986 in London hinterlegt. Grenada hat seine Beitrittsurkunde am 22. Oktober 1986 in London hinterlegt. Die Demokratische Volksrepublik Korea hat ihre Beitrittsurkunde am 13. März 1987 in Moskau hinterlegt. Die Republik Korea hat ihre Ratifikationsurkunden am 25. Juni 1987 in London und Washington hinterlegt. Sri Lanka hat seine Ratifikationsurkunden am 18. November 1986 in London, Moskau und Washington hinterlegt.

St. Lucia hat dem Verwahrer in London am 26. November 1986 notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1985 (BGBl. II S. 1184).

Bonn, den 25. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Gründung eines Rates
für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete
des Zollwesens**

Vom 29. September 1987

Das Abkommen von 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (BGBl. 1952 II S. 1,19) ist nach seinem Artikel XVIII Buchstabe c für

Mali am 7. August 1987
in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat die Erstreckung des Abkommens auf Hongkong notifiziert. Gemäß Artikel II Buchstabe a Ziffer ii des Abkommens ist die Erstreckung auf Hongkong am 1. Juli 1987 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Oktober 1986 (BGBl. II S. 955).

Bonn, den 29. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale
Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“**

Vom 29. September 1987

Das Übereinkommen vom 20. August 1971 über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ (BGBl. 1973 II S. 249) ist nach seinem Artikel XX und das Betriebsübereinkommen nach seinem Artikel 23 für

Benin am 12. Mai 1987
Togo am 5. März 1987
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. März 1987 (BGBl. II S. 218).

Bonn, den 29. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
des Rahmenabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik einerseits
und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik andererseits
über die Entsendung von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern**

Vom 29. September 1987

In Bangui/Zentralafrikanische Republik ist am 26. Februar 1987 ein Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik einerseits und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik andererseits über die Entsendung von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2

am 26. Februar 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. September 1987

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Arnolds

Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über die Entsendung von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
und
die Regierung der Zentralafrikanischen Republik –

in dem Wunsch, die zwischen den Vertragsstaaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen,

in dem festen Willen, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas und der Zentralafrikanischen Republik zu fördern,

in dem Bestreben, die Freundschaft und die Solidarität zwischen der Jugend Europas und der Zentralafrikanischen Republik zu vertiefen,

entschlossen, zu ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik verpflichten sich, durch die Entsendung von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern an Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teilzunehmen, die den vorrangigen Bedürfnissen der zentralafrikanischen Bevölkerung entsprechen und sich in den Rahmen der nationalen Entwicklungspolitik einfügen. Jedes Tätigwerden von europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern geschieht auf ausdrückliches Ersuchen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik.

(2) Freiwillige im Sinne dieses Abkommens sind Fachkräfte, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und ohne Entlohnung in der Zentralafrikanischen Republik arbeiten möchten, um bestimmte Vorhaben in der Zentralafrikanischen Republik zu fördern.

Artikel 2

(1) Jede Maßnahme im Rahmen dieses Abkommens ist Gegenstand einer besonderen Vereinbarung zwischen seinen Unterzeichnern.

(2) Die Vertragsparteien können Fachagenturen oder -organisationen mit der Ausführung dieses Abkommens beauftragen. Diese Agenturen oder Organisationen sind gegebenenfalls insbesondere befugt, die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen zu schließen. Will eine Vertragspartei diese Bestimmung anwenden, so notifiziert sie dies den anderen betroffenen Vertragsparteien.

Artikel 3

Die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer sind in ein unter der Aufsicht der Regierung der Zentralafrikanischen Republik durchgeführtes Entwicklungsvorhaben einbezogen. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik beziehungsweise die in Artikel 2 Absatz 2 bezeichneten Organisationen entsenden die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer zu der Regierung der Zentralafrikanischen Republik.

Artikel 4

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik beziehungsweise die in Artikel 2 Absatz 2 bezeichneten Organisationen wählen europäische freiwillige Entwicklungshelfer aus, deren Fähigkeiten den Anforderungsprofilen in den Entwicklungsvorhaben entsprechen. Sie sorgen außerdem gegebenenfalls für eine zusätzliche Ausbildung.

Artikel 5

(1) Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik unterstützt die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer in dem für die Durchführung ihres Auftrags notwendigen Maße. Sie gewährt ihnen Hilfe und Schutz.

(2) Dabei gewährt sie insbesondere Immunität von jeder Verfolgung wegen Handlungen und mündlicher oder schriftlicher Äußerungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben.

(3) Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik übernimmt die Wiedergutmachung von Schäden, welche die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer bei der Durchführung oder anlässlich der Durchführung ihrer Aufgaben verursachen.

(4) Die betroffenen Regierungen lassen der Regierung der Zentralafrikanischen Republik jede für die gütliche Beilegung von Streitigkeiten erforderliche Unterrichtung und sonstige Unterstützung zuteil werden. Desgleichen bemüht sich die Regierung der Zentralafrikanischen Republik, sie im Geist der Zusammenarbeit zu schlichten.

Artikel 6

Die von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik beziehungsweise den befugten Organisationen an die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer gezahlte Vergütung zur Bestreitung des Lebensunterhalts stellt kein Gehalt dar. Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik befreit die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer von allen Steuern und Abgaben für diese Vergütung.

Artikel 7

(1) Die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer genießen volle soziale Sicherung.

(2) Ferner gelten für die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer während ihres Aufenthalts und nach Beendigung ihres Auftrags hinsichtlich der sozialen Sicherung die auf sie in ihrem Heimatland anwendbaren Rechtsvorschriften.

Artikel 8

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik erteilt unentgeltlich

- Genehmigungen zur Einreise, zum Aufenthalt, zum ungehinderten Reisen und zum Verlassen des Landes vorbehaltlich der in der Zentralafrikanischen Republik geltenden Einwanderungsgesetze,

- Arbeitsgenehmigungen, sobald dies zur Durchführung der Vorhaben erforderlich ist sowie Ausweispapiere, die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Unterstützung der zuständigen zentralafrikanischen Behörden sichern.

Sie gewährt Möglichkeiten der Heimschaffung im Fall von Naturkatastrophen oder innerstaatlicher oder internationaler Krisen, soweit dies unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise möglich ist.

Artikel 9

(1) Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik stellt den europäischen freiwilligen Entwicklungshelfern eine Unterkunft an den Orten zur Verfügung, an denen sie ihre Aufgaben durchführen haben.

(2) Sie genehmigt die vorübergehende zoll- und abgabenfreie Einfuhr des Materials, der Ausrüstung und der Fahrzeuge, die für die Durchführung des Vorhabens notwendig sind, sowie der persönlichen Habe der europäischen Entwicklungshelfer und eines Privatfahrzeugs für jede Familie in den sechs Monaten nach ihrer Ankunft.

Artikel 10

(1) Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik kann einen europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer in sein Heimatland zurückschicken, wenn sie der Ansicht ist, daß sein persönliches oder berufliches Verhalten eine solche Maßnahme rechtfertigt. Eine solche Entscheidung muß der entsendenden Regierung beziehungsweise Organisation unter Beifügung einer Begründung mit einmonatiger Kündigungsfrist notifiziert werden.

(2) Ebenso kann die entsendende Regierung beziehungsweise Organisation einen europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer nach Rücksprache mit den Behörden, bei denen er eingesetzt ist, abberufen.

Artikel 11

(1) Die europäischen freiwilligen Entwicklungshelfer haben unbeschadet ihrer Immunität die Gesetze, Vorschriften und Sitten der Zentralafrikanischen Republik zu achten. Sie sind in bezug auf alle Tatsachen oder Informationen, von denen sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis erhalten, an das Berufsgeheimnis gebunden.

(2) Sie haben sich aller Handlungen zu enthalten, die geeignet sind, sich zum Nachteil der Regierung beziehungsweise der Organisation, für die sie arbeiten, auszuwirken.

(3) Die Freiwilligen dürfen nicht zur Teilnahme an einer Veranstaltung gezwungen werden, die in keinem Zusammenhang mit ihrem Auftrag steht, beziehungsweise für solche Tätigkeiten eingesetzt werden.

(4) Sie dürfen keiner Erwerbstätigkeit – gleich welcher Art – nachgehen.

Artikel 12

Die Modalitäten der Anwendung dieses Abkommens können bei Bedarf durch Zusatzprotokolle geregelt werden.

Artikel 13

Dieses Abkommen steht weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zum Beitritt offen.

Artikel 14

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Zentralafrikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird für einen Zeitraum von drei Jahren geschlossen und verlängert sich stillschweigend, es sei denn, daß eine der Vertragsparteien der anderen Vertragspartei die Kündigung mindestens sechs Monate vor dem Datum des Wirksamwerdens dieser Kündigung notifiziert.

(2) Es tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bangui am 26. Februar 1987 in drei Urschriften, jede in französischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Otfried Garbe

Für die Regierung der Französischen Republik
Jean-Jacques Mano

Für die Regierung der Zentralafrikanischen Republik
Jean-Louis Psimbis

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen
und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 29. September 1987

Das Internationale Übereinkommen vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für

Jamaika

am 19. Mai 1987

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. April 1987 (BGBl. II S. 240).

Bonn, den 29. September 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
des Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes Europas**

Vom 2. Oktober 1987

Das von der Bundesrepublik Deutschland in Granada am 3. Oktober 1985 unterzeichnete Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas wird nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland

am 1. Dezember 1987

in Kraft treten; die Ratifikationsurkunde ist am 17. August 1987 bei dem Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Übereinkommen wird am 1. Dezember 1987 ferner für

Dänemark

mit der Maßgabe, daß das Übereinkommen keine Anwendung auf die Färöer und Grönland findet,

Frankreich

mit der Maßgabe, daß das Übereinkommen auf die europäischen Departements und auf die Übersee-Departements der Französischen Republik Anwendung findet,

in Kraft treten.

Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. Oktober 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas

Convention for the Protection of the Architectural Heritage of Europe

Convention pour la Sauvegarde du Patrimoine Architectural de l'Europe

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, signatory hereto,

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members for the purpose, inter alia, of safeguarding and realising the ideals and principles which are their common heritage;

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres, afin notamment de sauvegarder et de promouvoir les idéaux et les principes qui sont leur patrimoine commun;

von der Erwägung geleitet, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um insbesondere die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

Recognising that the architectural heritage constitutes an irreplaceable expression of the richness and diversity of Europe's cultural heritage, bears inestimable witness to our past and is a common heritage of all Europeans;

Reconnaissant que le patrimoine architectural constitue une expression irremplaçable de la richesse et de la diversité du patrimoine culturel de l'Europe, un témoin inestimable de notre passé et un bien commun à tous les Européens;

in der Erkenntnis, daß das architektonische Erbe einen unersetzlichen Ausdruck des Reichtums und der Vielfalt des europäischen Kulturerbes darstellt, auf unschätzbare Weise Zeugnis von unserer Vergangenheit ablegt und ein gemeinsames Erbe aller Europäer ist;

Having regard to the European Cultural Convention signed in Paris on 19 December 1954 and in particular to Article 1 thereof;

Vu la Convention Culturelle Européenne signée à Paris le 19 décembre 1954 et notamment son article 1er;

im Hinblick auf das am 19. Dezember 1954 in Paris unterzeichnete Europäische Kulturabkommen, insbesondere auf dessen Artikel 1;

Having regard to the European Charter of the Architectural Heritage adopted by the Committee of Ministers of the Council of Europe on 26 September 1975 and to Resolution (76) 28, adopted on 14 April 1976, concerning the adaptation of laws and regulations to the requirements of integrated conservation of the architectural heritage;

Vu la Charte Européenne du Patrimoine Architectural adoptée par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe le 26 septembre 1975 et la Résolution (76) 28, adoptée le 14 avril 1976, relative à l'adaptation des systèmes législatifs et réglementaires nationaux aux exigences de la conservation intégrée du patrimoine architectural;

im Hinblick auf die am 26. September 1975 vom Ministerkomitee des Europarats angenommene Europäische Charta des architektonischen Erbes und die am 14. April 1976 angenommene Entschließung (76) 28 über die Anpassung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften an die Erfordernisse einer integrierten Erhaltung des architektonischen Erbes;

Having regard to Recommendation 880 (1979) of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe on the conservation of the European architectural heritage;

Vu la Recommandation 880 (1979) de l'Assemblée Parlementaire du Conseil de l'Europe relative à la conservation du patrimoine architectural;

im Hinblick auf die Empfehlung 880 (1979) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Erhaltung des architektonischen Erbes Europas;

Having regard to Recommendation No. R (80) 16 of the Committee of Ministers to member States on the specialised training of architects, town planners, civil engineers and landscape designers, and to Recommendation No. R (81) 13 of the Committee of Ministers, adopted on 1 July 1981, on action in aid of certain declining craft trades in the context of the craft activity;

Compte tenu de la Recommandation n° R (80) 16 du Comité des Ministres aux Etats membres concernant la formation spécialisée des architectes, urbanistes, ingénieurs du génie civil et paysagistes ainsi que la Recommandation n° R (81) 13 du Comité des Ministres adoptée le 1er juillet 1981 concernant les actions à entreprendre en faveur de certains métiers menacés de disparition dans le cadre de l'activité artisanale;

im Hinblick auf die Empfehlung Nr. R (80) 16 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Fachausbildung von Architekten, Städteplanern, Ingenieuren und Landschaftsplanern sowie die am 1. Juli 1981 angenommene Empfehlung Nr. R (81) 13 des Ministerkomitees über Maßnahmen zur Unterstützung bestimmter vom Untergang bedrohter Handwerkszweige im Rahmen der Tätigkeit im Bereich des Handwerks;

Recalling the importance of handing down to future generations a system of cultural references, improving the urban and rural environment and thereby foster-

Rappelant qu'il importe de transmettre un système de références culturelles aux générations futures, d'améliorer le cadre de vie urbain et rural et de favoriser par la

eingedenk dessen, daß es wichtig ist, den künftigen Generationen ein System kultureller Bezugspunkte zu hinterlassen, die städtische und ländliche Umwelt zu

ing the economic, social and cultural development of States and regions;

Acknowledging the importance of reaching agreement on the main thrust of a common policy for the conservation and enhancement of the architectural heritage,

Have agreed as follows:

Definition of the architectural heritage

Article 1

For the purposes of this Convention, the expression "architectural heritage" shall be considered to comprise the following permanent properties:

1. Monuments: all buildings and structures of conspicuous historical, archaeological, artistic, scientific, social or technical interest, including their fixtures and fittings;
2. Groups of buildings: homogeneous groups of urban or rural buildings conspicuous for their historical, archaeological, artistic, scientific, social or technical interest which are sufficiently coherent to form topographically definable units;
3. Sites: the combined works of man and nature, being areas which are partially built upon and sufficiently distinctive and homogeneous to be topographically definable and are of conspicuous historical, archaeological, artistic, scientific, social or technical interest.

Identification of properties to be protected

Article 2

For the purpose of precise identification of the monuments, groups of buildings and sites to be protected, each Party undertakes to maintain inventories and in the event of threats to the properties concerned, to prepare appropriate documentation at the earliest opportunity.

Statutory protection procedures

Article 3

Each Party undertakes:

1. to take statutory measures to protect the architectural heritage;
2. within the framework of such measures and by means specific to each State or region, to make provision for the protection of monuments, groups of buildings and sites.

même occasion le développement économique, social et culturel des Etats et des régions;

Affirmant qu'il importe de s'accorder sur les orientations essentielles d'une politique commune qui garantisse la sauvegarde et la mise en valeur du patrimoine architectural,

Sont convenus de ce qui suit:

Définition du patrimoine architectural

Article 1

Aux fins de la présente Convention, l'expression «patrimoine architectural» est considérée comme comprenant les biens immeubles suivants:

1. Les monuments: toutes réalisations particulièrement remarquables en raison de leur intérêt historique, archéologique, artistique, scientifique, social ou technique, y compris les installations ou les éléments décoratifs faisant partie intégrante de ces réalisations;
2. Les ensembles architecturaux: groupements homogènes de constructions urbaines ou rurales remarquables par leur intérêt historique, archéologique, artistique, scientifique, social ou technique et suffisamment cohérents pour faire l'objet d'une délimitation topographique;
3. les sites: œuvres combinées de l'homme et de la nature, partiellement construites et constituant des espaces suffisamment caractéristiques et homogènes pour faire l'objet d'une délimitation topographique, remarquables par leur intérêt historique, archéologique, artistique, scientifique, social ou technique.

Identification des biens à protéger

Article 2

Afin d'identifier avec précision les monuments, ensembles architecturaux et sites susceptibles d'être protégés, chaque Partie s'engage à en poursuivre l'inventaire et, en cas de menaces pesant sur les biens concernés, à établir dans les meilleurs délais une documentation appropriée.

Procédures légales de protection

Article 3

Chaque Partie s'engage:

1. à mettre en œuvre un régime légal de protection du patrimoine architectural;
2. à assurer, dans le cadre de ce régime et selon des modalités propres à chaque Etat ou région, la protection des monuments, des ensembles architecturaux et des sites.

verbessern und auf diese Weise die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung von Staaten und Regionen zu fördern;

in Anerkennung dessen, daß es wichtig ist, sich über die Hauptrichtung einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung und Aufwertung des architektonischen Erbes zu einigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Bestimmung des Begriffs „architektonisches Erbe“

Artikel 1

Der Ausdruck „architektonisches Erbe“ im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt folgende ortsfeste Güter:

1. Denkmäler: alle Bauwerke von herausragender geschichtlicher, archäologischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer oder technischer Bedeutung, einschließlich ihres Zubehörs und ihrer unbeweglichen Ausstattung;
2. Ensembles: geschlossene Gruppen städtischer oder ländlicher Gebäude von herausragender geschichtlicher, archäologischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer oder technischer Bedeutung, die genügend zusammenhängen, um topographisch abgrenzbare Einheiten zu bilden;
3. Stätten: gemeinsame Werke von Mensch und Natur, bei denen es sich um teilweise bebaute Gebiete handelt, die genügend charakteristisch und geschlossen sind, um topographisch abgrenzbar zu sein, und die von herausragender geschichtlicher, archäologischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer oder technischer Bedeutung sind.

Erfassung der zu schützenden Güter

Artikel 2

Um die Denkmäler, Ensembles und Stätten, die geschützt werden sollen, genau zu erfassen, verpflichtet sich jede Vertragspartei, Inventare zu führen und in Fällen, in denen den betreffenden Gütern Gefahr droht, so früh wie möglich eine geeignete Dokumentation vorzubereiten.

Gesetzliche Schutzverfahren

Artikel 3

Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

1. gesetzliche Maßnahmen zum Schutz des architektonischen Erbes zu treffen;
2. im Rahmen dieser Maßnahmen auf eine für jeden Staat oder jede Region spezifische Art und Weise Vorsorge für den Schutz der Denkmäler, Ensembles und Stätten zu treffen.

Article 4

Each Party undertakes:

1. to implement appropriate supervision and authorisation procedures as required by the legal protection of the properties in question;
2. to prevent the disfigurement, dilapidation or demolition of protected properties. To this end, each Party undertakes to introduce, if it has not already done so, legislation which:
 - a. requires the submission to a competent authority of any scheme for the demolition or alteration of monuments which are already protected, or in respect of which protection proceedings have been instituted, as well as any scheme affecting their surroundings;
 - b. requires the submission to a competent authority of any scheme affecting a group of buildings or a part thereof or a site which involves
 - demolition of buildings
 - the erection of new buildings
 - substantial alterations which impair the character of the buildings or the site;
 - c. permits public authorities to require the owner of a protected property to carry out work or to carry out such work itself if the owner fails to do so;
 - d. allows compulsory purchase of a protected property.

Article 5

Each Party undertakes to prohibit the removal, in whole or in part, of any protected monument, except where the material safeguarding of such monuments makes removal imperative. In these circumstances the competent authority shall take the necessary precautions for its dismantling, transfer and reinstatement at a suitable location.

Ancillary measures

Article 6

Each Party undertakes:

1. to provide financial support by the public authorities for maintaining and

Article 4

Chaque Partie s'engage:

1. à appliquer en vertu de la protection juridique des biens considérés, des procédures de contrôle et d'autorisation appropriées;
2. à éviter que des biens protégés ne soient défigurés, dégradés ou démolis. Dans cette perspective, chaque Partie s'engage, si ce n'est pas déjà fait, à introduire dans sa législation des dispositions prévoyant:
 - a. la soumission à une autorité compétente des projets de démolition ou de modification de monuments déjà protégés ou faisant l'objet d'une procédure de protection, ainsi que de tout projet qui affecte leur environnement;
 - b. la soumission à une autorité compétente des projets affectant tout ou partie d'un ensemble architectural ou d'un site, et portant sur des travaux
 - de démolition de bâtiments
 - de construction de nouveaux bâtiments
 - de modifications importantes qui porteraient atteinte au caractère de l'ensemble architectural ou de site;
 - c. la possibilité pour les pouvoirs publics de mettre en demeure le propriétaire d'un bien protégé d'effectuer des travaux ou de se substituer à lui en cas de défaillance de sa part;
 - d. la possibilité d'exproprier un bien protégé.

Article 5

Chaque Partie s'engage à proscrire le déplacement de tout ou partie d'un monument protégé, sauf dans l'hypothèse où la sauvegarde matérielle de ce monument l'exigerait impérativement. En ce cas, l'autorité compétente prendrait les garanties nécessaires pour son démontage, son transfert et son remontage dans un lieu approprié.

Mesures complémentaires

Article 6

Chaque Partie s'engage à:

1. prévoir, en fonction des compétences nationales, régionales et locales et

Artikel 4

Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

1. die für den rechtlichen Schutz der betreffenden Güter erforderlich werdenden geeigneten Überwachungs- und Genehmigungsverfahren durchzuführen;
2. zu verhindern, daß geschützte Güter verunstaltet, dem Verfall anheimgegeben oder zerstört werden. Zu diesem Zweck verpflichtet sich jede Vertragspartei, falls dies noch nicht geschehen ist, Rechtsvorschriften einzuführen,
 - a) die vorsehen, daß jedes Vorhaben der Zerstörung oder Änderung von Denkmälern, die bereits geschützt sind oder für die ein Schutzverfahren eingeleitet worden ist, sowie jedes Vorhaben, das ihre Umgebung berührt, einer zuständigen Behörde vorzulegen ist;
 - b) die vorsehen, daß jedes Vorhaben, das ein Ensemble oder einen Teil davon oder eine Stätte berührt und das
 - die Zerstörung von Gebäuden,
 - die Errichtung neuer Gebäude,
 - den Charakter des Ensembles oder der Stätte beeinträchtigende wesentliche Änderungen
 bedingt, einer zuständigen Behörde vorzulegen ist;
 - c) die es den Behörden ermöglichen, von dem Eigentümer eines geschützten Gutes die Durchführung von Arbeiten zu verlangen oder diese Arbeiten selbst durchzuführen, wenn der Eigentümer dies unterläßt;
 - d) welche die Enteignung eines geschützten Gutes erlauben.

Artikel 5

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die vollständige oder teilweise Versetzung eines geschützten Denkmals an eine andere Stelle zu verhindern, es sei denn, daß die materielle Sicherung dieses Denkmals die Versetzung unbedingt erforderlich macht. In einem derartigen Fall trifft die zuständige Behörde die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für den Abbau des Denkmals, seine Verbringung und seinen Wiederaufbau an einer geeigneten Stelle.

Begleitende Maßnahmen

Artikel 6

Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

1. in ihrem Hoheitsgebiet entsprechend den gesamtstaatlichen, regionalen

restoring the architectural heritage on its territory, in accordance with the national, regional and local competence and within the limitations of the budgets available;

2. to resort, if necessary, to fiscal measures to facilitate the conservation of this heritage;
3. to encourage private initiatives for maintaining and restoring the architectural heritage.

Article 7

In the surroundings of monuments, within groups of buildings and within sites, each Party undertakes to promote measures for the general enhancement of the environment.

Article 8

With a view to limiting the risks of the physical deterioration of the architectural heritage, each Party undertakes:

1. to support scientific research for identifying and analysing the harmful effects of pollution and for defining ways and means to reduce or eradicate these effects;
2. to take into consideration the special problems of conservation of the architectural heritage in anti-pollution policies.

Sanctions

Article 9

Each Party undertakes to ensure within the power available to it that infringements of the law protecting the architectural heritage are met with a relevant and adequate response by the competent authority. This response may in appropriate circumstances entail an obligation on the offender to demolish a newly erected building which fails to comply with the requirements or to restore a protected property to its former condition.

Conservation policies

Article 10

Each Party undertakes to adopt integrated conservation policies which:

1. include the protection of the architectural heritage as an essential town and country planning objective and ensure that this requirement is taken into account at all stages both in the drawing up of development plans and in the procedures for authorising work;

dans la limite des budgets disponibles, un soutien financier des pouvoirs publics aux travaux d'entretien et de restauration du patrimoine architectural situé sur son territoire;

2. avoir recours, le cas échéant, à des mesures fiscales susceptibles de favoriser la conservation de ce patrimoine;
3. encourager les initiatives privées en matière d'entretien et de restauration de ce patrimoine.

Article 7

Aux abords des monuments, à l'intérieur des ensembles architecturaux et des sites, chaque Partie s'engage à susciter des mesures visant à améliorer la qualité de l'environnement.

Article 8

Chaque Partie s'engage en vue de limiter les risques de dégradation physique du patrimoine architectural:

1. à soutenir la recherche scientifique en vue d'identifier et d'analyser les effets nuisibles de la pollution et en vue de définir les moyens de réduire ou d'éliminer ces effets;
2. à prendre en considération les problèmes spécifiques de la conservation du patrimoine architectural dans les politiques de lutte contre la pollution.

Sanctions

Article 9

Chaque Partie s'engage, dans le cadre des pouvoirs qui sont les siens, à faire en sorte que les infractions à la législation protégeant le patrimoine architectural fassent l'objet de mesures appropriées et suffisantes de la part de l'autorité compétente. Ces mesures peuvent entraîner, le cas échéant, l'obligation pour les auteurs de démolir un nouvel édifice construit irrégulièrement ou de restituer l'état antérieur du bien protégé.

Politiques de conservation

Article 10

Chaque Partie s'engage à adopter des politiques de conservation intégrée qui:

1. placent la protection du patrimoine architectural parmi les objectifs essentiels de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme et qui assurent la prise en compte de cet impératif aux divers stades de l'élaboration des plans d'aménagement et des procédures d'autorisation de travaux;

und kommunalen Zuständigkeiten und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch die Behörden finanzielle Unterstützung für die Unterhaltung und Wiederherstellung des architektonischen Erbes zu gewähren;

2. erforderlichenfalls zu steuerlichen Maßnahmen zu greifen, um die Erhaltung dieses Erbes zu erleichtern;
3. private Initiativen zur Unterhaltung und Wiederherstellung des architektonischen Erbes zu fördern.

Artikel 7

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in der Umgebung von Denkmälern, innerhalb von Ensembles und innerhalb von Stätten Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Umwelt einzuführen.

Artikel 8

Zur Begrenzung der Gefahren des physischen Verfalls des architektonischen Erbes verpflichtet sich jede Vertragspartei,

1. wissenschaftliche Forschungen zu unterstützen, welche die schädlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung ermitteln und analysieren und Mittel und Wege zur Verringerung oder Beseitigung dieser Auswirkungen aufzeigen;
2. bei Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung die besonderen Probleme der Erhaltung des architektonischen Erbes zu berücksichtigen.

Sanktionen

Artikel 9

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, im Rahmen ihrer Befugnisse sicherzustellen, daß bei Verstößen gegen Gesetze zum Schutz des architektonischen Erbes von der zuständigen Behörde sachdienliche und angemessene Gegenmaßnahmen getroffen werden. Diese Maßnahmen können gegebenenfalls dazu führen, daß der Gesetzesübertreter verpflichtet wird, ein neu errichtetes Gebäude, das den Anforderungen nicht entspricht, abzubauen oder ein geschütztes Gut in seinen früheren Zustand zurückzusetzen.

Erhaltungsmaßnahmen

Artikel 10

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, integrierte Erhaltungsmaßnahmen zu treffen,

- 1 die den Schutz des architektonischen Erbes als wesentliches Ziel der Raumordnung und des Städtebaus umfassen und sicherstellen, daß diese Forderung sowohl bei der Aufstellung von Bauleitplänen als auch bei den Genehmigungsverfahren für Bauarbeiten in jeder Phase berücksichtigt wird;

- | | | |
|--|--|--|
| <p>2. promote programmes for the restoration and maintenance of the architectural heritage;</p> <p>3. make the conservation, promotion and enhancement of the architectural heritage a major feature of cultural, environmental and planning policies;</p> <p>4. facilitate whenever possible in the town and country planning process the conservation and use of certain buildings whose intrinsic importance would not warrant protection within the meaning of Article 3, paragraph 1, of this Convention but which are of interest from the point of view of their setting in the urban or rural environment and of the quality of life;</p> <p>5. foster, as being essential to the future of the architectural heritage, the application and development of traditional skills and materials.</p> | <p>2. suscitent des programmes de restauration et d'entretien du patrimoine architectural;</p> <p>3. fassent de la conservation, de l'animation et de la mise en valeur du patrimoine architectural, un élément majeur des politiques en matière de culture, d'environnement et d'aménagement du territoire;</p> <p>4. favorisent, lorsque c'est possible, dans le cadre des processus d'aménagement du territoire et de l'urbanisme, la conservation et l'utilisation de bâtiments dont l'importance propre ne justifierait pas une protection au sens des l'Article 3, paragraphe 1, de la présente Convention, mais qui présenterait une valeur d'accompagnement du point de vue de l'environnement urbain ou rural ou du cadre de vie;</p> <p>5. favorisent l'application et le développement, indispensables à l'avenir du patrimoine, des techniques et matériaux traditionnels.</p> | <p>2. die Programme zur Wiederherstellung und Unterhaltung des architektonischen Erbes fördern;</p> <p>3. welche die Erhaltung, Förderung und Aufwertung des architektonischen Erbes zu einem wesentlichen Aspekt der Kultur-, Umwelt- und Raumordnungspolitik machen;</p> <p>4. die beim Planungsprozeß im Rahmen der Raumordnung und des Städtebaus, wann immer dies möglich ist, die Erhaltung und Nutzung bestimmter Gebäude erleichtern, deren Eigenbedeutung keinen Schutz im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 rechtfertigen würde, die aber im Hinblick auf ihre Lage in der städtischen oder ländlichen Umgebung und auf die Lebensqualität von Interesse sind;</p> <p>5. welche die Anwendung und Entwicklung traditioneller Fertigkeiten und Werkstoffe wegen ihrer wesentlichen Bedeutung für die Zukunft des architektonischen Erbes fördern.</p> |
|--|--|--|

Article 11

Due regard being had to the architectural and historical character of the heritage, each Party undertakes to foster:

- the use of protected properties in the light of the needs of contemporary life;
- the adaptation when appropriate of old buildings for new uses.

Article 11

Chaque Partie s'engage à favoriser, tout en respectant le caractère architectural et historique du patrimoine:

- l'utilisation des biens protégés compte tenu des besoins de la vie contemporaine;
- l'adaptation, lorsque cela s'avère approprié, de bâtiments anciens à des usages nouveaux.

Artikel 11

Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

- die Nutzung geschützter Güter entsprechend den Bedürfnissen des heutigen Lebens,
- soweit angängig die Anpassung alter Gebäude an neue Nutzungsarten

unter gebührender Beachtung des architektonischen und geschichtlichen Charakters des Erbes zu fördern.

Article 12

While recognising the value of permitting public access to protected properties, each Party undertakes to take such action as may be necessary to ensure that the consequences of permitting this access, especially any structural development, do not adversely affect the architectural and historical character of such properties and their surroundings.

Article 12

Tout en reconnaissant l'intérêt de faciliter la visite par le public des biens protégés, chaque Partie s'engage à faire en sorte que les conséquences de cette ouverture au public, notamment les aménagements d'accès, ne portent pas atteinte au caractère architectural et historique de ces biens et de leur environnement.

Artikel 12

Ohne den Wert des Zugangs der Allgemeinheit zu geschützten Gütern zu verkennen, verpflichtet sich jede Vertragspartei, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß die Folgen der Zugänglichmachung, insbesondere bauliche Maßnahmen, den architektonischen und geschichtlichen Charakter dieser Güter und ihrer Umgebung nicht beeinträchtigen.

Article 13

In order to facilitate the implementation of these policies, each Party undertakes to foster, within its own political and administrative structure, effective co-operation at all levels between conservation, cultural, environmental and planning activities.

Article 13

Afin de faciliter la mise en œuvre de ces politiques, chaque Partie s'engage à développer dans le contexte propre de son organisation politique et administrative, la coopération effective aux divers échelons des services responsables de la conservation, de l'action culturelle, de l'environnement et de l'aménagement du territoire.

Artikel 13

Um die Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen zu erleichtern, verpflichtet sich jede Vertragspartei, im Rahmen ihrer politischen und verwaltungsmäßigen Ordnung auf allen Ebenen eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Denkmalpflege, Kulturarbeit, Umweltschutz und Raumordnung zu fördern.

Participation and associations

Article 14

With a view to widening the impact of public authority measures for the identifi-

Participation et associations

Article 14

En vue de seconder l'action des pouvoirs publics en faveur de la connais-

Mitwirkung und Vereinigungen

Artikel 14

Um die Wirkung der behördlichen Maßnahmen zur Erfassung, zum Schutz, zur

cation, protection, restoration, maintenance, management and promotion of the architectural heritage, each Party undertakes:

1. to establish in the various stages of the decision-making process, appropriate machinery for the supply of information, consultation and co-operation between the State, the regional and local authorities, cultural institutions and associations, and the public;
2. to foster the development of sponsorship and of non-profit-making associations working in this field.

Information and training

Article 15

Each Party undertakes:

1. to develop public awareness of the value of conserving the architectural heritage, both as an element of cultural identity and as a source of inspiration and creativity for present and future generations;
2. to this end, to promote policies for disseminating information and fostering increased awareness, especially by the use of modern communication and promotion techniques, aimed in particular:
 - a. at awakening or increasing public interest, as from school-age, in the protection of the heritage, the quality of the built environment and architecture;
 - b. at demonstrating the unity of the cultural heritage and the links that exist between architecture, the arts, popular traditions and ways of life at European, national and regional levels alike.

Article 16

Each Party undertakes to promote training in the various occupations and craft trades involved in the conservation of the architectural heritage.

European co-ordination of conservation policies

Article 17

The Parties undertake to exchange information on their conservation policies concerning such matters as:

1. the methods to be adopted for the survey, protection and conservation of properties having regard to historic

sance, la protection, la restauration, l'entretien, la gestion et l'animation du patrimoine architectural, chaque Partie s'engage:

1. à mettre en place, aux divers stades des processus de décision, des structures d'information, de consultation et de collaboration entre l'Etat, les collectivités locales, les institutions et associations culturelles et le public;
2. à favoriser le développement du mécénat et des associations à but non lucratif œuvrant en la matière.

Information et formation

Article 15

Chaque Partie s'engage:

1. à valoriser la conservation du patrimoine architectural dans l'opinion publique aussi bien en tant qu'élément d'identité culturelle que comme source d'inspiration et de créativité pour les générations présentes et futures;
2. à promouvoir à cette fin des politiques d'information et de sensibilisation notamment à l'aide de techniques modernes de diffusion et d'animation, ayant en particulier pour objectif:
 - a. d'éveiller ou d'accroître la sensibilité du public, dès l'âge scolaire, à la protection du patrimoine, à la qualité de l'environnement bâti et à l'expression architecturale;
 - b. de mettre en évidence l'unité du patrimoine culturel et des liens existant entre l'architecture, les arts, les traditions populaires et modes de vie, que ce soit à l'échelon européen, national ou régional.

Article 16

Chaque Partie s'engage à favoriser la formation des diverses professions et des divers corps de métiers intervenant dans la conservation du patrimoine architectural.

Coordination européenne des politiques de conservation

Article 17

Les Parties s'engagent à échanger des informations sur leurs politiques de conservation en ce qui concerne:

1. les méthodes à définir en matière d'inventaire, de protection et de conservation des biens, compte tenu

Wiederherstellung, zur Unterhaltung, zur Verwaltung und zur Förderung des architektonischen Erbes zu verstärken, verpflichtet sich jede Vertragspartei,

1. in den verschiedenen Phasen des Entscheidungsprozesses die organisatorischen Voraussetzungen für die wechselseitige Information, Konsultation und Zusammenarbeit zwischen Staat, Gebietskörperschaften, kulturellen Einrichtungen und Vereinigungen und der Öffentlichkeit zu schaffen;
2. die Entwicklung des Mäzenatentums und von auf diesem Gebiet tätigen, nicht auf Gewinn gerichteten Vereinigungen zu fördern.

Information und Ausbildung

Artikel 15

Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

1. das Bewußtsein der Öffentlichkeit für den Wert der Erhaltung des architektonischen Erbes sowohl als Teil der kulturellen Identität als auch als Quelle der Inspiration und Kreativität für heutige und künftige Generationen zu stärken;
2. zu diesem Zweck Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen und zur Entwicklung eines verstärkten Bewußtseins insbesondere unter Verwendung moderner Techniken der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, die namentlich darauf abzielen,
 - a) schon vom Schulalter an das Interesse der Öffentlichkeit am Schutz des Erbes, an der Qualität der gebauten Umwelt und der Architektur zu wecken oder zu steigern;
 - b) die Einheit des Kulturerbes und die Zusammenhänge zu verdeutlichen, die zwischen Architektur, Kunst, Brauchtum und Lebensweisen bestehen, sei es auf europäischer, nationaler oder regionaler Ebene.

Artikel 16

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Ausbildung in den verschiedenen Berufen und Handwerken, die mit der Erhaltung des architektonischen Erbes befaßt sind, zu fördern.

Abstimmung der Erhaltungsmaßnahmen auf europäischer Ebene

Artikel 17

Die Vertragsparteien verpflichten sich, Informationen über ihre Erhaltungsmaßnahmen auszutauschen, beispielsweise über

1. die Methoden der Erfassung, des Schutzes und der Erhaltung von Gütern unter Berücksichtigung der

developments and to any increase in the number of properties concerned;

2. the ways in which the need to protect the architectural heritage can best be reconciled with the needs of contemporary economic, social and cultural activities;
3. the possibilities afforded by new technologies for identifying and recording the architectural heritage and combating the deterioration of materials as well as in the fields of scientific research, restoration work and methods of managing and promoting the heritage;
4. ways of promoting architectural creation as our age's contribution to the European heritage.

Article 18

The Parties undertake to afford, whenever necessary, mutual technical assistance in the form of exchanges of experience and of experts in the conservation of the architectural heritage.

Article 19

The Parties undertake, within the framework of the relevant national legislation, or the international agreements, to encourage European exchanges of specialists in the conservation of the architectural heritage, including those responsible for further training.

Article 20

For the purposes of this Convention, a Committee of experts set up by the Committee of Ministers of the Council of Europe pursuant to Article 17 of the Statute of the Council of Europe shall monitor the application of the Convention and in particular:

1. report periodically to the Committee of Ministers of the Council of Europe on the situation of architectural heritage conservation policies in the States Parties to the Convention, on the implementation of the principles embodied in the Convention and on its own activities;
2. propose to the Committee of Ministers of the Council of Europe measures for the implementation of the Convention's provisions, such measures being deemed to include multilateral activities, revision or amendment of the Convention and public information about the purpose of the Convention;

de l'évolution historique et de l'augmentation progressive du patrimoine architectural;

2. les moyens de concilier pour le mieux l'impératif de protection du patrimoine architectural et les besoins actuels de la vie économique, sociale et culturelle;
3. les possibilités offertes par les technologies nouvelles, concernant à la fois l'identification et l'enregistrement, la lutte contre la dégradation des matériaux, la recherche scientifique, les travaux de restauration et les modes de gestion et d'animation du patrimoine architectural;
4. les moyens de promouvoir la création architecturale qui assure la contribution de notre époque au patrimoine de l'Europe.

Article 18

Les Parties s'engagent à se prêter chaque fois que nécessaire une assistance technique mutuelle s'exprimant dans un échange d'expériences et d'experts en matière de conservation du patrimoine architectural.

Article 19

Les Parties s'engagent à favoriser, dans le cadre des législations nationales pertinentes ou des accords internationaux par lesquels elles sont liées, les échanges européens de spécialistes de la conservation du patrimoine architectural, y compris dans le domaine de la formation permanente.

Article 20

Aux fins de la présente Convention, un Comité d'experts institué par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe en vertu de l'Article 17 du Statut du Conseil de l'Europe est chargé de suivre l'application de la Convention et en particulier:

1. de soumettre périodiquement au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur la situation des politiques de conservation du patrimoine architectural dans les Etats parties à la Convention, sur l'application des principes qu'elle a énoncés et sur ses propres activités;
2. de proposer au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe toute mesure tendant à la mise en œuvre des dispositions de la Convention, y compris dans le domaine des activités multilatérales et en matière de révision ou d'amendement de la Convention ainsi que d'information du public sur les objectifs de la Convention;

historischen Entwicklung und des ständigen Anwachsens des architektonischen Erbes;

2. die Art und Weise, in der die Notwendigkeit, das architektonische Erbe zu schützen, am besten mit den Bedürfnissen des heutigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens vereinbart werden kann;
3. die durch neue Technologien gebotenen Möglichkeiten zur Erfassung und Aufzeichnung des architektonischen Erbes und zur Bekämpfung des Verfalls von Material sowie im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, der Restaurierung und der Methoden der Verwaltung und Förderung des Erbes;
4. Mittel und Wege zur Förderung des architektonischen Schaffens als Beitrag unseres Zeitalters zum europäischen Erbe.

Artikel 18

Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander bei Bedarf technische Unterstützung durch Austausch von Erfahrungen und Sachverständigen auf dem Gebiet der Erhaltung des architektonischen Erbes zu gewähren.

Artikel 19

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Rahmen der einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der völkerrechtlichen Übereinkünfte, durch die sie gebunden sind, den Austausch von Fachleuten für die Erhaltung des architektonischen Erbes einschließlich derjenigen, die für Weiterbildung zuständig sind, auf europäischer Ebene zu fördern.

Artikel 20

Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird ein vom Ministerkomitee des Europarats nach Artikel 17 der Satzung des Europarats eingesetzter Sachverständigenausschuß die Anwendung des Übereinkommens überwachen und insbesondere

1. dem Ministerkomitee des Europarats regelmäßig über den Stand der Maßnahmen zur Erhaltung des architektonischen Erbes in den Vertragsstaaten des Übereinkommens, über die Anwendung der in dem Übereinkommen niedergelegten Grundsätze und über seine eigenen Tätigkeiten berichten;
2. dem Ministerkomitee des Europarats Maßnahmen zur Durchführung des Übereinkommens vorschlagen, einschließlich multilateraler Tätigkeiten, der Revision oder Änderung des Übereinkommens und der Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Zweck des Übereinkommens;

3. make recommendations to the Committee of Ministers of the Council of Europe regarding invitations to States which are not members of the Council of Europe to accede to this Convention.

Article 21

The provisions of this Convention shall not prejudice the application of such specific more favourable provisions concerning the protection of the properties, described in Article 1 as are embodied in:

- the Convention for the Protection of the World Cultural and Natural Heritage of 16 November 1972;
- the European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage of 6 May 1969.

Final clauses

Article 22

1. This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe. It is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date on which three member States of the Council of Europe have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of the preceding paragraph.

3. In respect of any member State which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 23

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any State not a member of the Council and the European Economic Community to accede to this Convention by a decision taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the Committee.

2. In respect of any acceding State or, should it accede, the European Economic Community, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

3. de faire des recommandations au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe relatives à l'invitation d'Etats non membres du Conseil de l'Europe à adhérer à la Convention.

Article 21

Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte à l'application des dispositions spécifiques plus favorables à la protection des biens visés à l'Article 1 contenues dans

- la Convention concernant la protection du Patrimoine mondial, culturel et naturel du 16 novembre 1972;
- la Convention européenne pour la protection du patrimoine archéologique du 6 mai 1969.

Clauses finales

Article 22

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe. Elle sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle trois Etats membres du Conseil de l'Europe auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions du paragraphe précédent.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat membre qui exprimerait ultérieurement son consentement à être lié par elle, le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 23

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Etat non membre du Conseil ainsi que la Communauté Economique Européenne à adhérer à la présente Convention, par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe, et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité.

2. Pour tout Etat adhérent ou pour la Communauté Economique Européenne en cas d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3. dem Ministerkomitee des Europarats Vorschläge hinsichtlich der Einladung von Nichtmitgliedstaaten des Europarats zum Beitritt zu dem Übereinkommen unterbreiten.

Artikel 21

Dieses Übereinkommen läßt die Anwendung günstigerer einschlägiger Bestimmungen über den Schutz der in Artikel 1 beschriebenen Güter unberührt, wie sie in folgenden Übereinkünften enthalten sind:

- Übereinkommen vom 16. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt;
- Europäisches Übereinkommen vom 6. Mai 1969 zum Schutz archäologischen Kulturguts.

Schlußklauseln

Artikel 22

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem drei Mitgliedstaaten des Europarats nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 23

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben, gefaßten Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Rates und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat oder, falls sie beitrifft, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Article 24

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any State may at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such declaration by the Secretary General.

3. Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to the Secretary General. The withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

Article 25

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, declare that it reserves the right not to comply, in whole or in part, with the provisions of Article 4, paragraphs c and d. No other reservations may be made.

2. Any Contracting State which has made a reservation under the preceding paragraph may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. The withdrawal shall take effect on the date of receipt of such notification by the Secretary General.

3. A Party which has made a reservation in respect of the provisions mentioned in paragraph 1 above may not claim the application of that provision by any other Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional, claim the application of that provision in so far as it has itself accepted it.

Article 26

1. Any Party may at any time denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six

Article 24

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Tout Etat peut, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.

3. Toute déclaration faite en vertu des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 25

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déclarer qu'il se réserve le droit de ne pas se conformer en tout ou en partie aux dispositions de l'Article 4, paragraphes c et d. Aucune autre réserve n'est admise.

2. Tout Etat contractant qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe précédent peut la retirer en tout ou en partie en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

3. La Partie qui a formulé la réserve au sujet de la disposition mentionnée au premier paragraphe ci-dessus ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle l'a acceptée.

Article 26

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de

Artikel 24

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 25

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich das Recht vorbehält, die Bestimmungen des Artikels 4 Buchstaben c und d insgesamt oder teilweise nicht einzuhalten. Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 1 angebracht hat, kann ihn durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu der in Absatz 1 genannten Bestimmung angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

Artikel 26

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Ein-

months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

réception de la notification par le Secrétaire Général.

gang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Article 27

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, any State which has acceded to this Convention and the European Economic Community if it has acceded, of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 22, 23 and 24;
- d. any other act, notification or communication relating to this Convention.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Granada, this 3rd day of October 1985, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe and to any State or to the European Economic Community invited to accede to this Convention.

Article 27

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention et à la Communauté Economique Européenne adhérente:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'approbation ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 22, 23 et 24;
- d. tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Grenade, le 3 octobre 1985, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, ainsi qu'à tout Etat ou à la Communauté Economique Européenne invités à adhérer à la présente Convention.

Artikel 27

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist, und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, falls sie beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 22, 23 und 24;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Granada am 3. Oktober 1985 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und allen Staaten oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladen werden, beglaubigte Abschriften.

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen
und des Europäischen Zusatzübereinkommens hierzu
sowie des Protokolls über Straßenmarkierungen

Vom 5. Oktober 1987

I.

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über Straßenverkehrszeichen (BGBl. 1977 II S. 809, 893) wird nach seinem Artikel 39 Abs. 2 – unter Angabe des nach Artikel 46 Abs. 2 notifizierten Musters des Gefahrenwarzeichens (nach Ziffer i) sowie des Musters des Haltzeichens (nach Ziffer ii) – für

Griechenland (Muster A*/Muster B 2*) am 18. Dezember 1987

mit der Maßgabe, daß Griechenland für die Anwendung dieses Übereinkommens die Motorfahräder den Krafträdern nicht gleichstellt,

in Kraft treten.

II.

Das Europäische Zusatzübereinkommen vom 1. Mai 1971 zum Übereinkommen vom 8. November 1968 über Straßenverkehrszeichen (BGBl. 1977 II S. 809, 1006) wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Griechenland

am 18. Dezember 1987

in Kraft treten.

III.

Das Protokoll vom 1. März 1973 über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen (BGBl. 1977 II S. 809, 1026) wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Griechenland

am 18. Dezember 1987

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Juni 1987 (BGBl. II S. 386).

Bonn, den 5. Oktober 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr
und des Europäischen Zusatzübereinkommens hierzu**

Vom 5. Oktober 1987

I.

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) wird nach seinem Artikel 47 Abs. 2 für

Griechenland

am 18. Dezember 1987

mit dem folgenden, nach Artikel 45 Abs. 4 des Übereinkommens notifizierten Unterscheidungszeichen: GR

in Kraft treten.

II.

Das Europäische Zusatzübereinkommen vom 1. Mai 1971 zum Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 986) wird nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Griechenland

am 18. Dezember 1987

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Juni 1987 (BGBl. II S. 387).

Bonn, den 5. Oktober 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 62,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,97 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1987 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,74 DM (3,94 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,54 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)

Vom 6. Oktober 1987

Das Europäische Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) – BGBl. 1969 II S. 1489; BGBl. 1985 II S. 1115 – ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für die

Tschechoslowakei
am 17. August 1986
in Kraft getreten.

Die Tschechoslowakei hat bei Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde erklärt, daß sie sich an Artikel 11 Abs. 2 und 3 des Übereinkommens nicht gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. August 1981 (BGBl. II S. 650).

Bonn, den 6. Oktober 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt